

Bundesrat provoziert mit Werbetour

Auftritte der Magistraten im Abstimmungskampf verärgern die Gegner

Andrea Kučera

Begleitet von Journalisten, ist SP-Umweltministerin am Samstag auf den Titlis gereist. Auf Einladung des Vereins Protect Our Winters hat sie dort mit Skiprofi Michelle Gisin und SAC-Präsidentin Françoise Jaquet einen Spaziergang auf dem Gletscher gemacht und für das CO₂-Gesetz geworben, das am 13. Juni zur Abstimmung kommt.

Das «Gipfeltreffen» ist nur ein Beispiel für den Aktivismus des Bundesrats im laufenden Abstimmungskampf: Vor drei Wochen lud SVP-Wirtschaftsminister Guy Parmelin auf einen Biohof, um vor den zwei Agrarinitiativen zu warnen. Nächste Woche sind die Medien zu einem Austausch zwischen Parmelin und einem Essiggurken-Produzenten eingeladen. Am Dienstag liessen sich Simonetta Sommaruga, Karin Keller-Sutter und Viola Amherd mit je einem Schild «Frauen fürs CO₂-Gesetz» vor dem Bundeshaus ablichten. Und am Freitag folgte ein Fotoshooting der Bundesrätinnen mit Parlamentarierinnen, um für ein Ja zum Anti-Terrorismus-Gesetz zu werben.

Parmelin zieht Clip zurück

Auffällig dabei ist nicht die Zahl der bundesrätlichen Auftritte, die wegen Corona sogar eher geringer ausfällt als üblich. Speziell ist vielmehr, dass die Bundesräte vermehrt reine Medienanlässe inszenieren, die hauptsächlich von der Symbolik leben: Sommaruga auf dem schmelzenden Gletscher, Parmelin auf dem Biohof, Frauen vereint gegen Terror.

Und diese Auftritte sorgen für Unmut. «Hat Frau Bundesrätin Simonetta Sommaruga derzeit auch noch andere Verpflichtungen, ausser durchs Land zu tingeln und Staatspropaganda sowie leere Versprechungen für ein völlig missratenes CO₂-Gesetz zu machen?», fragt SVP-Nationalrat Christian Imark, der die Nein-Kampagne leitet, verärgert in einer Interpellation. Er ist mit seiner Kritik nicht allein: «Die Plakataktion der Bundesrätinnen ist keine Information, sondern Propaganda», sagt Imarks Parteikollege Gregor Rutz. Im Graubereich verortet Rutz die Auftritte von SVP-Mann Parmelin: «Mehr Zurückhaltung wäre besser.»

Der Tadel kommt indes nicht nur von rechter, sondern auch



Zusammenhänge aufzeigen: Simonetta Sommaruga mit Michelle Gisin und Françoise Jaquet auf dem Titlisgletscher. (8. Mai 2021)

von linker Seite. Wie das Westschweizer Fernsehen berichtete, hat sich der Verband Bio Suisse bei Parmelin beschwert, weil seine Medienabteilung in einem Video über den Besuch auf dem Biohof auch das Knospen-Logo zeigte. Bio Suisse habe die J-Parole zur Pestizid-Initiative ausgegeben, schreibt der Verband in einem Brief. «Es ist daher ausgeschlossen, dass Bio Suisse die Benutzung der Knospe durch eine Kampagne erlaubt, die für ein Doppel-Nein wirbt.» In mehreren Kantonen sind nach Parmelins Auftritt Klagen gegen das Wirtschaftsdepartement eingereicht worden, weil dieses die Stimmbürger täusche und nicht wahrheitsgetreu informiere.

«Wir haben gemerkt, dass eine Polemik entsteht, die wir nicht wollen.»

Die Kritik hat nun das Wirtschaftsdepartement dazu gebracht, den Clip zu löschen. «Wir haben gemerkt, dass um das Video eine Polemik entsteht, die wir nicht wollen», sagt Parmelins Kommunikationschef Urs Wiedmer. «Man soll uns nicht vorwerfen können, dass wir die politischen Rechte verletzen.»

Die Phase vor einer Abstimmung ist für die Behörden in einer Demokratie das sensibelste Zeitfenster. Bis Anfang der 1990er Jahre galt der Grundsatz, die Landesregierung solle die Kampagnenarbeit ganz den Parlamentariern, Verbänden und Komitees überlassen. Mit der Abstimmung über den EWR-Beitritt 1992 hat der Bundesrat seine Zurückhaltung abgelegt. Es setzte sich die Haltung durch, dass der Bundesrat Partei ist im Prozess der Meinungsbildung und am Abstimmungskampf teilnehmen sollte.

Dass diese Informationspflicht ein Kantengang ist, wusste auch die frühere Bundeskanzlerin Corina Casanova: «Manchmal ist

es nur ein schmaler Grat zwischen erlaubter Information der Stimmberechtigten und politischer Propaganda», sagte sie 2015 in einer Rede zum Thema.

Corona als Auslöser

Das Leitbild des Bundes für die Kommunikation vor Abstimmungen gibt als Faustregel vor, der Bundesrat müsse bei seiner Information die Grundsätze der Vollständigkeit, der Sachlichkeit, der Transparenz und der Verhältnismässigkeit beachten. «Unverhältnismässig sind demnach behördliche Informationen, die nicht zur Verbesserung der Entscheidungsfindung der Stimmberechtigten beitragen», heisst es darin.

Trägt ein Schild «Frauen fürs CO₂-Gesetz» zur Entscheidung bei? Ist es sachlich, wenn sich Bundesräte von einer privaten Organisation einspannen lassen? Oder wenn an einer Veranstaltung nur eine Seite zu Wort kommt? Parmelins Kommunikationschef Wiedmer sagt zur Kritik, man habe die zwei Medien-

anlässe auf dem Hof und beim Gurken-Produzenten organisiert, weil die Podien und Diskussionen, die es normalerweise gebe, Corona-bedingt nicht stattfinden könnten. «Wir haben uns bewusst entschieden, Betroffene zu besuchen und dabei die Medien mitzunehmen, damit diese selber kritisch berichten können.»

Sommarugas Informationschefin Annetta Bundi sagt, es sei beim Augenschein auf dem Titlis um einen Austausch zu den Folgen der Klimaerwärmung und um das Aufzeigen von Zusammenhängen gegangen. «Die Grundsätze der Information vor Abstimmungen sind gewahrt.» Das Departement sei nach allen Seiten offen für Einladungen. «Seitens der Kritiker des CO₂-Gesetzes kam keine Anfrage.» Das Shooting vor dem Bundeshaus rechtefertigt sie wie folgt: «Das Frauenkomitee für das CO₂-Gesetz hat die drei Bundesrätinnen für ein gemeinsames Foto angefragt. Die drei haben die Position des Bundesrates vertreten.»

In Kürze

Jacqueline Badran zieht sich zurück

Die Nationalrätin und Vizepräsidentin der SP, Jacqueline Badran, kandidiert nicht für ein Amt im Zürcher Stadtrat. Das gab sie in einem Interview mit der «Schweiz am Wochenende» bekannt. Am 13. Februar 2022 wählt Zürich seine Regierung, die SP will neben den drei bisherigen einen vierten Sitz erobern. Als Kandidatinnen werden prominente Frauen wie Min Li Marti oder Andrea Sprecher gehandelt. Die SP kommuniziert am Dienstag.

Corona-Demos: Nächster Halt Aarau

Rund 1500 Leute demonstrieren am Samstagmittag in Aarau gegen die Corona-Massnahmen des Bundes. Obwohl die Kundgebung nicht bewilligt war und sich viele Teilnehmer nicht an die Schutzmassnahmen hielten, löste die Kantonspolizei Aargau den Umzug aus Gründen der Verhältnismässigkeit nicht auf. Mit gezielten Massnahmen verhinderte sie laut eigenen Angaben jedoch die angekündigte Grossdemonstration mit bis 5000 Teilnehmern. Sie kontrollierte am Morgen die Zufahrtsachsen nach Aarau und sprach über 180 Wegweisungen aus.

Ballonfahrer meldet Hausbrand

In Neu St. Johann im Kanton St. Gallen brannte am Samstagmorgen ein Einfamilienhaus. Der Brand wurde von mehreren Personen gemeldet, auch von einem Ballonfahrer. Neunzig Feuerwehrleute konnten das Feuer zwar löschen, das frei stehende Holzhaus aber nicht mehr retten, es brannte vollständig nieder.

Illegale Party in Schwellbrunn

Am Freitagabend rückte die Kantonspolizei Appenzell-Ausserrhodens nach Schwellbrunn aus, wo sie in einer Garage auf eine Versammlung von siebzehn Jugendlichen im Alter von 15 bis 18 Jahren traf. Sie wurden gebüsst, weil sie gegen die geltende Covid-19-Verordnung verstossen. (z.zs.)

Bürgerliche sagen Nein zu «Ja heisst Ja»

Die Zustimmungslösung im Sexualstrafrecht hat einen schweren Stand. Das zeigt das Echo der Vernehmlassung.

Daniel Friedli

Zählte nur die Menge, wäre die Sache klar. Angeleitet von den SP-Frauen haben sich über 11000 Privatpersonen an der Vernehmlassung zum neuen Sexualstrafrecht beteiligt. Und sie alle fordern, dass die unter dem Titel «Ja heisst Ja» bekannte Zustimmungslösung eingeführt wird. Demnach wären sexuelle Handlungen nur einvernehmlich, wenn beide Partner zugestimmt haben. Sex ohne klare Zustimmung gälte umgekehrt als Vergewaltigung.

Doch auch wenn der Bund nun jede dieser Eingaben einzeln prüft und notiert - im politischen Prozess dürfte das Anliegen einen schweren Stand haben. Denn kurz vor Fristablauf kommt von



Aktivistinnen der Kampagne «Ja heisst Ja». (Bern, 21. Mai 2019)

bürgerlicher Seite kaum Unterstützung dafür. «Ich gehe nicht davon aus, dass die FDP für «Ja heisst ja» plädieren wird», sagt der freisinnige Ständerat Andrea Caroni. Auch die Mitte wird dieses Anliegen nicht aufnehmen. Und die SVP macht klar, dass für sie «Nein heisst Nein» das richtige Prinzip ist.

Aus dem bürgerlichen Lager unterstützen somit nur die Grünliberalen den Systemwechsel, den Frauenorganisationen im Verbund mit SP und Grünen vehement fordern. «Nur so wird klar zum Ausdruck gebracht, dass Sexualität kein Gut ist, das man nutzen kann, solange niemand widerspricht», schreibt die Partei.

Trotzdem zeigt die Vernehmlassung, dass der Ruf nach härteren Strafen bei sexueller Gewalt breit anerkannt wird. Als Urheberin der Vorlage will die Rechtskommission des Ständerates dazu den neuen Straftatbestand des «sexuellen Übergriffs» ein-

führen. Er soll sexuelle Handlungen gegen den Willen einer Person bestrafen, bei denen der Täter sein Opfer nicht so stark unter Druck setzt, dass juristisch eine Vergewaltigung vorliegt. Dieser Vorschlag stösst im Grundsatz auf viel Zustimmung, auch die SVP spricht sich dafür aus. Ungenügend ist er demgegenüber für die SP. Sie verlangt, dass alle ohne Einverständnis erfolgten sexuellen Handlungen als Vergewaltigung bestraft werden.

Wie umstritten das heikle Thema ist, zeigen auch die Reaktionen von Fachleuten. Die Konferenz der Staatsanwälte etwa äussert sich zur Zustimmungslösung nicht, da die Meinungen divergieren. Und die kantonalen Justizdirektoren haben aus demselben Grund gänzlich auf eine Eingabe verzichtet. Sie überlassen die Positionierung den einzelnen Kantonen, aus denen wiederum ganz unterschiedliche Antworten eingetroffen sind.

Pädophilen-Ring Boystown: Es gibt Schweizer Nutzer

Nach der Zerschlagung der Plattform Boystown bestätigt die Polizei mehrere Verbindungen in die Schweiz.

Andrea Kučera

Mitte April ist den deutschen Behörden die Zerschlagung eines der weltweit grössten Netzwerke für Kinderpornografie gelungen. Wie das Bundeskriminalamt am Montag mitteilte, wurde die Plattform Boystown abgeschaltet, drei mutmassliche Betreiber wurden festgenommen. Zuletzt hatte der Pädophilen-Ring weltweit über 400 000 Mitglieder.

Nun zeigt sich, dass es Bezüge zur Schweiz gibt: «Diese Plattform hat in einzelnen Ermittlungen kantonalen Polizeikorps im Bereich Pornografie mit Minderjährigen eine Rolle gespielt», bestätigt das Bundesamt für Polizei. «Wir wissen, dass es Nutzer von Boystown mit Wohnsitz in der

Schweiz gegeben hat.» Adrian Gaugler, Sprecher der Konferenz der kantonalen Polizeikommandanten, ergänzt: «Es wurde bereits gezielt gegen einige Schweizer User des Forums vorgegangen, jedoch nicht im Zusammenhang mit den Ermittlungen der deutschen Polizeibehörden.» Nun werde sich zeigen, inwiefern die kantonalen Polizeibehörden in die Ermittlungen in Deutschland einbezogen würden.

Das Netzwerk Boystown existierte mindestens seit 2019 und war ausschliesslich über das Darknet zugänglich. In diesem versteckten Bereich des Internets können Nutzer anonym surfen, dies wird auch zu kriminellen Zwecken ausgenutzt. Vor allem Bilder und Videos von missbrauchten Knaben wurden laut den Ermittlern über die Plattform ausgetauscht, zum Teil auch Aufnahmen des schwersten Missbrauchs von Kleinkindern.